

Dresdner Volkszeitung

Vollst. Adressen: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:
Gebr. Kricheldorf, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkadt.

Abonnementspreis: einschließlich Frachtkosten monatlich 200.- M., durch die Post bezogen monatlich 200.- M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 240.- M. Einzelnummer 5.- M. Sonnabendnummer 10.- M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareilzeile 20.- M., Familienanzeigen 14.- M., die 3-spaltige Reklamezeile 75.- M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Vielwiederholung 3 M.

Nr. 237

Dresden, Dienstag den 10. Oktober 1922

33. Jahrg.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Aus dem sächsischen Arbeitsministerium wird uns geschrieben:

Am 7. April 1922 hat das Gesamtministerium dem Landtag eine Denkschrift über Vorschläge zu vorzulegenden Maßnahmen gegen künftige Arbeitslosigkeit übergeben. Der Landtag hat die Epithetverleihungen der Arbeitgeber- und -nehmer zur Stellungnahme aufgefordert. Eine ausführliche Stellungnahme des Verbandes Sächsischer Industrieller ist kürzlich in Nr. 52 der „Sächsischen Industrie“ erschienen und auch als Heft 36 der Veröffentlichungen der Sächsischen Industriellen in der Hofnung in die Hand nimmt, darin positive Vorschläge zu finden, wie sich die maßgebenden sächsischen industriellen Kreise eine Vorbeugung gegen künftige Arbeitslosigkeit denken, wird leider schwer entzählt.

Der Schwerpunkt des Gutachtens liegt in der Kritik der Regierungsentwürfe, nicht in deren Ergänzung oder in der Gestaltung eigener Vorschläge. Bei der Kritik macht es sich das Gutachten verhältnismäßig leicht, indem es von der Denkschrift eine Einstellung auf Fragen verlangt, die sie gar nicht geben wollte. Die Regierungsentwürfe beschränken sich darauf, nur Vorschläge zu bringen, die dem eigentlichen Gang der Arbeitsmarktpolitik angeht, und beschränken dabei unter ausdrücklicher Billigung des Gutachtens, daß die Aufträge, die sich die sächsische Industrie und das sächsische Gewerbe selbst zu beschaffen vermögen, auch bei ungünstiger Konjunktur für den Arbeitsmarkt von ausschlaggebender Bedeutung bleiben. Für solche Aufträge die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, ist die Aufgabe nicht der Arbeitsmarktpolitik, sondern der Wirtschaftspolitik, die in Deutschland überwiegend, vielfach ausschließlich von der Reichspolitik und der Reichsgesetzgebung abhängt. Das gilt von der Behebung der Exportkrise, die das Gutachten wünschenswert, aber auch von der grundsätzlichen Abschaffung des Achtstundentages, der es das Wort behält, wobei Unbeteiligte der Wirkung der sächsischen Überstundenordnung unterlaufen. Davon, daß trotz dieser Überstunden im Jahre 1921 in Sachsen rund 4 000 000 Überstunden genehmigt worden sind, erwähnt das Gutachten nicht.

Aber auch insoweit wird das Gutachten der Denkschrift nicht gerecht, als es ihr zum Vorwurf macht, daß sie als Gründe der kommenden Krise auf dem Arbeitsmarkt im wesentlichen die gleichen Ursachen annehmen zu sollen glaubt als im Jahre 1919. Zu der Zeit der Ausarbeitung der Denkschrift im Arbeitsministerium herrschte auf dem Weltmarkt noch eine sehr große Flüssigkeit, und auch in den Kreisen des Verbandes Sächsischer Industrieller war damals in offiziellen Entschuldigungen von einer Kreditnot als Ursache kommender Arbeitslosigkeit noch nicht die Rede. Die Denkschrift hebt aber gleichwohl hervor, daß sie sich nicht annehme, aus den in ihr angegebenen Gründen eine große Arbeitslosigkeit zu erwarten, weil die Verhältnisse abnorm seien. So sehr dem Gutachten zuzugeden ist, daß alles getan werden muß, um das Kommen der Arbeitslosigkeit durch wirtschaftspolitische Maßnahmen hinauszuschieben und den Umfang der gleichwohl unvermeidlichen Arbeitslosigkeit möglichst zu vermindern, so heißt es doch von der sächsischen Regierung Unmögliches zu verlangen, wenn man von ihr die Behebung der Kreditnot fordert oder für die Verantwortung der Reichspolitik allein sucht.

Was die Kritik im einzelnen angeht, so soll nur auf einige Unstimmigkeiten des Gutachtens hingewiesen werden. Auf der einen Seite wünscht auch das Gutachten Tiefbauarbeiten als Notstandarbeiten, auf der andern stellt es vorwurfsvoll die Frage, ob man durch Ausrüstung der Arbeiter auf den Zeitpunkt, wo der Arbeitsmarkt sie erfordert, die öffentlichen Finanzen nicht zu stark belastet. Von den geschätzten Arbeitslosen entfallen fast 3/5 auf Maßnahmen des Wasserbaues; alsowohl wirkt das Gutachten der Denkschrift ungenügende Beachtung der Wasserbauten vor. Die produktive Erwerbslosenfürsorge hält das Gutachten für ein völliges Versagen und so kostspielig; alsowohl aber behauptet es sich, daß man ihr durch vorläufige Beiträge zu einer noch heute nicht in Kraft getretenen Arbeitslosenversicherung keine Mittel verweigert habe; denn es dürfte aus dem Kotageich über vorläufige Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, über dessen Scheitern das Gutachten überflüssig enthält, niemals die Finanzierung von Notstandsarbeiten allein zu gewinnen gewesen wäre, sondern höchstens Zuschüsse in Höhe der jetzigen Zuschüsse der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Ein Widerspruch ist es auch, wenn in dem Gutachten eine lebhaft industrielle Autarkie zugegeben werden muß, alsowohl aber über Mangel an Krediten für Rohstoffe und Steuern geklagt wird. Die zweifellosen Erfolge der Arbeitsvermittlung in der Überführung sächsischer Arbeitslosen in die Landwirtschaft ergibt hat, vermag das Gutachten nicht zu sehen, während es doch die Schwierigkeiten, insbesondere die Gestaltung der Lohn- und Unterhaltsverhältnisse in der Landwirtschaft, richtig hervorhebt.

Auch was das Gutachten über den Mangel an gelerntem Nachwuchs infolge der bestehenden Tarife hervorhebt, ist zum mindesten einseitig. Uebersehen werden dabei die großen Mängel, die vielfach dem Lehrlingswesen noch anhaften, die

wirtschaftliche Unmöglichkeit für viele, die Kosten einer Lehre aufzubringen, die Vorteile, die der eine Beruf gegenüber dem andern bieten kann und die zu einer Umwanderung auch von Hocharbeitern Anlaß geben. Die Umschulung hat die Denkschrift selber nicht anders als ein kleines Mittel erwähnt und erwähnen wollen, und es ist kein Zweifel, daß immer nur einzelne dieser Vorteile teilhaftig werden können. Ein Widerspruch aber ist es, wenn das Gutachten über den Mangel an Bauhandwerkern klagt und gleichzeitig die Umschulung zu Bauhandwerkern verwirft.

Die abschließenden Bemerkungen des Gutachtens schließlich, die sich mit der Stillungsverordnung und der Arbeitsbeschaffung befassen, kommen deshalb zu von der Denkschrift abweichenden Ergebnissen, weil sie die tatsächlichen Verhältnisse unzureichend darstellen.

Abschließend darf gesagt werden, man gewinnt aus der Lesüre des Gutachtens den Eindruck, daß die Industrie zwar eine Arbeit wie die Denkschrift, die das Erreichbare auch wirklich durchziehen will, obfällig beurteilt, in ihren eigenen Vorschlägen aber nicht über die allgemeine Forderung der Gesundung der Weltwirtschaft durch eine Gesundung der Weltwirtschaft hinauskommt, von der sie selbst erklärt, daß der sächsische Staat dazu keinen entscheidenden Schritt tun kann und der sie selbst sich sorgfältig hütet, neue Bahnen und Wege zu weisen. Die hinter dem Gutachten stehenden Kreise wissen sehr wohl, daß Wirtschaftspolitik ein riesiges Unternehmen ist und daß ihre Vorseitigung erst erfolgen wird nach einer völligen Um- bzw. Neuorganisation der jetzigen Wirtschaftsweise.

Lloyd George und die Arbeiterpartei

Gestern Abend wurde, und zwar wie die Londoner Blätter berichten, auf Wunsch des Premierministers der stenographische Bericht der Aussprache veröffentlicht, die am 21. September von einer aus 30 Mitgliedern bestehenden Abordnung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses mit Lloyd George und andern Mitgliedern der Regierung über die Orientierung der Regierung abgehalten worden war. Ein eingehender Bericht über diese Aussprache wurde feinerzeit nicht bekanntgegeben, weil die Abordnung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses auf einer der Unterredung folgenden Sitzung keine Einigung bezüglich der Veröffentlichung erzielte. Das tabuläre

Abendblatt Star sieht die Veröffentlichung der Aussprache durch Lloyd George als einen Schachzug des Premierministers im Hinblick auf die möglicherweise bald bevorstehenden Neuwahlen an.

Die Aussprache zwischen Lloyd George und der Vertreterin der Arbeiterpartei, bei deren Schluß der Arbeiterführer Thomas dem Premierminister das Zeugnis ausstellte, er habe klar angegeben, daß er wirklich nur die Politik der britischen Arbeiterpartei erfills, und die Politik Lloyd Georges „unser gemeinsame Politik“ nannte, beginnt mit den Ausführungen der Arbeiterführer William Ben Tillet, Miss Woodfield und Thomas, worin sie den Standpunkt der britischen Arbeiterpartei in der Frage freigelegter Möglichkeiten im nahe Osten darlegen.

Ben Tillet erklärte, die britische Arbeiterpartei trete ein für die Freiheit der Meerezenen und die Freiheit der Schifffahrt in jedem Teile der Welt. Sie widersetze sich jedem Kriege und würde Widerstand gegen jede Form von Kriegen organisieren. Auch Thomas erklärte, er würde seinen ganzen Einfluß geltend machen, um die britischen Arbeiter zu bewegen, gegen einen Krieg Stellung zu nehmen. Thomas erklärte weiter, wenn von dem Interesse an den Meerezenen gesprochen werde, so sei nicht der Ausschlag weder Deutschlands noch Russlands gemeint. Wenn die Arbeiter von einem

Widerstand sprechen, so wollten sie, daß er ein Bund der Völker, das ist ein Völkerbund sein soll. Hierauf warf Lloyd George ein, d. h. wenn sie (Deutschland und Rußland) ihm beitreten wollten. Bisher hätten sie es beide abgelehnt, beizutreten. Auf die Erklärung des Arbeiterführers Thomas, daß, wenn man, was Deutschland betraf, sich Tatsachen vergegenwärtige, die Frage, ob Deutschland seinen Beitritt abgelehnt habe, ein andres Gesicht annehmend, entsagte Lloyd George, sie.

Die Deutschen, wenn sehr gut, daß, wenn sie um Aufnahme nachsuchen, wir sie unterstützen würden.

Wir werden ihnen Unterstützung gewähren nicht nur in in dem Sinne, daß sie Mitglied des Bundes werden, sondern daß sie auch in seinem Rate

sein sollen. Was Rußland betrifft, so weiß ich, was Herr Schridderin über den Völkerbund sagt. Thomas erwiderte hierauf dem Premierminister, es sei nicht ausreichend, wenn er im Unterhause erklärte, daß er für sich selber spräche und es dann durch Peincard oder einen andern vertreten lasse.

Die englische Regierung soll zurücktreten

Die die Londoner Blätter melden, hat das National Joint Labour Council, das gestern zusammgetreten ist, um die Verhältnisse im nahe Osten zu besprechen, eine Entschließung angenommen, in der der unverzügliche Rücktritt der Regierung und die Wahl eines neuen Parliaments gefordert werden.

Der Geist von Potsdam

Unbequeme Mitwiffer — Die Mordpläne gegen die Angeklagten

Die Montagssituation war infolge von Wichtigkeit, als wir diesmal von autoritativer Seite zum erstenmal die Tatsache vernahmen, daß wir in diesem Prozeß vergeblich auf eine Aufdeckung der Beziehungen zwischen den Mördern und Anhängern warten werden. Wir haben es vom Präsidenten Sogans selbst und wir zweifeln nicht mehr daran, daß es der Prozeß gegen die Mörder in der Königsallee ist, nicht der Prozeß gegen die wirklich Schuldigen, die hinter den Jünglingen standen.

Der Inhalt der Briefe, die Ludendorff an den Angeklagten Günther geschrieben hat, mag äußerlich ein mehr oder weniger harmloser sein. Die Tatsache, daß Ludendorff den psychopathischen Nationalisten und Antisemiten, dem aus eigener Machtvollkommenheit avancierten türkischen Leutnant, dem akademischen Bürger ohne Gehalt, dem Geheimbündler aus Frankfurt, daß Ludendorff diesem Günther zehn bis zwölf Briefe geschrieben hat, von denen die meisten etwa zwei Seiten lang sind — diese Tatsache offenbart die ganze Geistigkeit des kaiserlichen Regimes der großen Zeit, deren Führer eben dieser Ludendorff ist. Nicht etwa mit der Schreibweise sind diese Briefe geschrieben, wie Briefe autoritärer Persönlichkeiten an kleine und distanzierte Menschen geschrieben sind, sondern mit der Hand und die Andeutung lautet: „Mein lieber Günther!“

Wie dem auch sei: ob man bei Günther das Verbrechen hervorhebt oder die Krankheit, Herr Ludendorff ist blamiert.

Die dicke Wand aus Lüge und Verdrehung, diese Wand hinter der die nationalistiche Ursachen sich verbergen, um die unwichtigen Veranlassungen preiszugeben, wird leider nicht zerstoßen. Kaum hat der Reiz der Fäden angefangen, sich mit Ludendorff zu befassen und schon demerkt der Präsident: „Wir haben es hier nicht mit Ludendorff zu tun, sondern nur mit dem Angeklagten Günther.“ Dieser Günther ist schlimmstenfalls einer der Köpfe der nationalistischen Mörderbande. Was nicht es uns, wenn wir ihn treffen, da die Köpfe doppelt nachzuwaschen, so lange Politiker, Journalisten und Geldgeber nicht getroffen sind, die der Hydra erst das Leben geben. In diesem Prozeß tötet der Sinn für Formalismus die wichtige Sachlichkeit.

Die Mitglieder des Deutschen Nationalen Jugendbundes, der angeblich kein politischer Verein ist, wie kein Vorsitzender, dem Studientrat Kretsch, heute erzählt, sind Schüler im Alter von 13—18 Jahren. Das sind jene Jungen, die den Studenten Günther nach dem Notennaumord begrüßten und deren ihren sogenannten Notennaumord just an jenem Tage abhielten, die von dem ganz Deutschland in große Wut erregt worden

war. Auf die Frage, ob die 13—18jährigen ihren Absichten gegen den Mordanschlag fundgegeben haben, mußte sogar der nationale Entlastungszeuge Kretsch mit Nein antworten. Der Nationale Jugendbund hat die Aufgabe, den Geist von Potsdam zu pflegen, sagte der Studientrat. Er ist antisemitisch und unter Antisemitismus versteht man im Nationalen Jugendbund den Kampf gegen Materialismus und Jerkung. Die 13jährigen also lernen bereits den Materialismus, wie ihn der Rationalist versteht, bekämpfen. Nicht etwa jenen Materialismus, der Wilhelm II. als Tantiemenbezieher kennzeichnet, nicht etwa den Materialismus, wie er die Geldgeber der Mordorganisationen kennzeichnet und auch nicht jenen Geist der Jerkung, der Bayern loszrennen will vom Reich, der sich bemüht, Priestrat in deutschen Volk zu sein, um den Monarchismus zu erneuen. Das ist für den Studientrat und seinem Jugendbund keine Jerkung. Und wenn er diese Pubertätsjünglinge mit solchen Anschauungen füttert, die der Republik schädlich sind, wenn er die Jerkung fördert, indem er unreife Köpfe gegen angebliche Störungsgewalten mobilisiert — so nennt er das unpolitisch. So dehnbar ist der Begriff „politisch“ nicht.

Man kann der Verteidigung gar nicht dankbar genug sein für diesen Entlastungszeugen, der in Wirklichkeit belasten wird, aus dessen Munde wir erfahren, daß in unseren Schulen schon die 13jährigen in den Gegenständen: Materialismus und Jerkung unterrichtet werden. Dann wundere man sich nicht, daß die 16jährigen schon morden. Die 13jährigen sind noch gleichgültig, die 16jährigen aktiv. Die Bezeichnung lautet „Unpolitisch“, die Früchte sind politisch Handgranaten. Man läßt den Rationalismus und erntet Bogrome.

6. Verhandlungstag

Leipzig, 9. Oktober. (Eig. Drohtbericht.)

Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen stellt der Vorsitzende fest, daß das Ergebnis der Untersuchung über die Erkränkung der Angeklagten am letzten Sonnabend den Verdacht nicht ausschließt, daß ein Attentat auf die Gesundheit der Angeklagten eines der Angeklagten vorliege. Dieser Verdacht habe zu zunächst wurde die Zahl der Zeugen sehr wesentlich eingeschränkt und die Polizeibedeckung vergrößert.

Im Saal erzählt man inzwischen von einem neuer gebrachten Nachschlag auf den Angeklagten Sch. der sich bekanntlich nicht in Untersuchungshaft befindet. Woh war am Sonnabend nachmittags in der Kiststraße eines ihm bekannten Weibers. Er erhielt von einer Dame Mitteilung, daß Herr von

0
8340
4021
0327
3963
9899
8887
0493
8078
2666
8534
1589
8510
5693
2964
2908
0286
0397
5709
8663

8636
5128
7281
7845
1034
2192

6901
2000
6856
4747
1218
3430
9833
9559
1281
6815
4066

8767
2989
1819
9189
3989
1151
4866
2223
7880
2281
0246
8692
0790
5162
9243
7850
9087
1465
8447
5576
8999

die
tritt
nde-
ung
ben,
solen
uell
hadt,

die
nung
beral
den-
lung
die
una-
ratet
22
13a.

8
g
de
en.

inna
18.7.

Sie
bat
te